

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle:
Tagesblatt Rieser,
Harnack Str. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1869,
Strolach:
Rieser Nr. 52.

Nr. 87.

Mittwoch, 13. April 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgegeben die Nummer des Ausgabeblattes sind die 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 50 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; jeitrausender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Vertrag verfällt, durch Stillschließung oder durch Abbruch der Druckerei, der Druckerei oder der Verlagsanstalt. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerei oder der Verlagsanstalt — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigentel: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Bernstorff erstattet Bericht.

an Berlin. Die vorbereitende Abrüstungskommission in Genf wird am Donnerstag dieser Woche ihre Arbeiten auf unbestimmte Zeit vertagen. Die Vertagung der Verhandlungen bedeutet aber keineswegs ein Scheitern der Abrüstungsarbeiten, sondern ist ausschließlich der bestehenden Meinungsverschiedenheiten notwendig geworden. Am Donnerstag dieser Woche wird man die erste Lesung der verschiedenen Abrüstungsprojekte beenden haben und die vorbereitende Abrüstungskommission wird nach der eigentlichen Kommission einen Bericht über das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen unterbreiten, der in den nächsten Tagen ausgearbeitet wird. Der Führer der deutschen Delegation, Graf Bernstorff, wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen, um den ausländischen Regierungschefs, vor allem dem auswärtigen Amt, Bericht zu erstatten.

Die Abrüstungskommission wird nach Dorn gleichzeitig die Frage zu entscheiden haben, ob man sofort in die zweite Lesung der verschiedenen Abrüstungsprojekte eintritt, oder aber ob die Verhandlungen erst im Juni oder im November aufgenommen werden sollen. Nach Auffassung der unterrichteten Kreise werden die Beratungen wahrscheinlich erst nach der vom amerikanischen Präsidenten Coolidge erteilten Dekret über die Abrüstung fortgesetzt werden.

Das vorläufige Ergebnis der Genfer Abrüstungsverhandlungen läßt bereits gewisse Schlüsse zu. Zunächst kann festgestellt werden, daß die amerikanischen Delegierten sich im allgemeinen der deutschen Ansicht in den verschiedenen Abrüstungsprojekten angeschlossen haben. Deutschland hat somit mit Amerika eine klare Verhandlungslinie verfolgt und Scheinlösungen irgendwelcher Art, wie sie ganz offensichtlich zum Teil von Frankreich zum Teil aber auch von England angedeutet werden, sind für uns nicht annehmbar, was ausdrücklich betont werden muß im Hinblick auf die ferneren Abrüstungsverhandlungen. Deutschland wird auch weiterhin mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, daß eine allgemeine Abrüstung vorgenommen werden muß, wie sie im Versailler Vertrage vorgesehen ist. Die deutsche Delegation hat aber nach den den ausländischen Stellen bereits vorliegenden vorläufigen Berichten den Eindruck gewonnen, daß die Militärmächte darauf hinarbeiten, eine Stabilisierung ihres derzeitigen Rüstungsstandes vorzunehmen. Eine derartige Stabilisierung würde naturgemäß auch die kleineren Mächte in die Lage versetzen, ihren jetzigen Rüstungsstand beizubehalten, wodurch auch ein normales Funktionieren der Völkerbundsarbeit vollumfänglich gesichert werden würde.

In der zweiten Lesung der Abrüstungsvorschläge werden nun sicherlich die Hauptprobleme zur Sprache kommen. Zunächst gilt das bezüglich der Kriegsmarine eines Landes für die aufzubehaltenden Reserven, die nach deutscher, amerikanischer und englischer Auffassung als Maßstab für die Kriegsmarine eines Landes gelten müssen. Was die Kriegsmaterialfrage betrifft, so steht Deutschland mit Amerika allein auf dem Standpunkt, daß auch das Kriegsmaterial eine Beschränkung erfahren muß. Hinsichtlich der Luftstreitkräfte ist wieder eine geschlossene Front zwischen Deutschland, Amerika und England zu verzeichnen, und zwar dahingehend, daß sich eine Beschränkung der militärischen Luftstreitkräfte nur auf diese und nicht auch auf die zivile Luftfahrt erstrecken darf. Eine weitere schwierige Frage ist die Beschränkung der Seestreitkräfte. Der englische Vorschlag will nämlich das Washington Abkommen dahin ausdehnen, daß die Tonnage nicht nur für die großen Kriegsschiffe, sondern auch für die kleineren Einheiten gelten soll. Frankreich will demgegenüber die Beschränkung der Tonnage nur auf die großen Schiffe angewandt wissen.

Eine Programmrede Dr. Bells.

Die unaufschiebbare Reichsreform.

11. März, 12. April. Auf dem heutigen westfälischen Generalkongress in Münster vorbereitete sich Reichsminister A. Dr. Bell über die bedeutsamen Fragen der Außen- und Innenpolitik und führte daran programmatische Darlegungen über die neuesten Aufgaben des Reichs, wobei er dessen besonders schwierige und verantwortungsvolle Stellung in der gegenwärtigen Koalition hervorhob. Auf außenpolitischem Gebiete nannte er die deutsch-französische Verständigungspolitik als das Kernstück der internationalen Verständigungspolitik. Die beste „Sicherung“ bestehe in der Befestigung des westfälischen Nichtangriffs und der darauf gegen den Welt und den Zweck des Völkerbundes gegründeten Maßnahmen, namentlich der unerschütterlichen gegen Art. 16 des Versailler Vertrages bestehenden Fortdauer der Befassung und des Rüstungswalles rings um das entwaffnete Deutschland.

Das Problem eines engeren Zusammenschlusses der Staaten Europas dürfe nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Voraussetzungen seien: Gleichstellung aller beteiligten Staaten, Wahrung der Selbständigkeit und Eigenart jedes Landes, enge Verbindung mit dem Völkerbund, umschließen des neuen europäischen Systems. — Was das Innenpolitische angeht, so werde es heute selbst im Auslande schwerlich noch einen ernsthafte Kenner von Finanz und Wirtschaft geben, der sich nicht — einmal nach den jüngsten Reichstagsverhandlungen — davon überzeugt habe, daß die für das nächste Jahr vorzulegenden Reparationsgesamtsummen von 2 1/2 Milliarden Goldmark unsere Finanz- und Wirtschaftskraft selbst bei äußerster Anspannung weit übersteigen.

Zur Innenpolitik

Besprach Dr. Bell die brennenden Wirtschafts-, Sozial- und Kulturprobleme. Der wirtschaftliche Finanzausgleich sei ein

Vor großen Ereignissen im fernen Osten.

Gerüchte über Mobilisierung des japanischen Heeres.

* Berlin. Aus London wird gemeldet: Der Sonderberichterstatter des Daily Telegraph meldet aus Schanghai: Die Haltung der Japaner beantragt das höchste Interesse, da alle Anzeichen auf eine allgemeine Mobilisierung des japanischen Heeres hinweisen. Der Berichterstatter fragt, ob man eine offene Kriegserklärung gegen Rußland abwarten müsse oder ob die mobilisierten Kräfte nur für eine Veränderung im engeren Rahmen bestimmt seien. Die japanischen Einwohner in Hankau sandten ein Ultimatum an ihre Regierung und forderten, daß eine Expeditionskreislauf sofort geschickt werde, um das ihnen angelegte Unrecht zu sühnen. Der Korrespondent schließt, die nächsten Wochen werden Ereignisse von größter Bedeutung im fernen Osten sehen. Aus Peking wird dem Daily Telegraph berichtet, Gerüchte über das Eintreffen großer japanischer Verbände in der mandchurischen Eisenbahnzone seien im Umlauf. Daily Mail meldet aus Tokio: Japanische Korrespondenten in Charkow berichten über die Zusammenziehungen großer russischer und chinesischer Kontingente an der sibirischen Grenze.

Der Rückzug der Kantontuppen.

Beurkundung der Wandschau.

* London. (Telunon.) Die den Times aus Schanghai berichtet wird, scheint es Kaifeng zu sein, das Einrückung der Kantontuppen einen Erfolg errungen hat. Die Kantontuppen sollen sich von Tsiching in großer Zahl auf Hankau und zum Teil auf Tschangtschau zurückgezogen haben.

Die Südtuppen sind bei Pufan fieberhaft mit dem Bau neuer Verteidigungsanlagen beschäftigt. Die ausländischen Kanonenboote sind eine halbe Meile flussaufwärts gefahren, um nicht in die Feuerlinie zu kommen. Wapella soll anstelle des Sohnes Tschangtschangs das Oberkommando der Kantontuppen übernommen haben und auf Hankau zu marschieren.

Die kürzlichen Zwischenfälle in Hankau und Schanghai haben in der Wandschau, wie den Times aus Charkow berichtet wird, allgemeine Unruhe hervorgerufen. Die chinesischen Militärschiffe haben in Wanchow das Kriegsgeschick erlitten. Nach wie vor sind Gerüchte im Umlauf über eine Konzentration sowjetischer Truppen an der russisch-chinesischen Grenze und über Generalretrépläne auf der sibirischen Ostbahn und auf anderen Linien. In den letzten Jahren der aus den Gebieten des Bürgerkriegs fliehenden Arbeiter sieht man in Charkow eine ernste Gefahr, umso-

notgeborenes Kompromiß, dessen verfassungsmäßige Verabschiedung im Reichstage aber unannehmbar sei. Der endgültige Finanzausgleich werde in unauflöslichem Zusammenhang stehen mit der dann nicht mehr aufschubbaren Neuorganisation des gesamten politischen Verhältnisses von Reich und Ländern. Festigung der Reichseinheit und Aufrechterhaltung des demokratischen Charakters des Reiches händen sich dabei keineswegs irgendwie gegenüber. Der Schwerpunkt werde auch nicht im Süden liegen, dessen Länder in ihrer durch die Reichsverfassung gewährleisteten Selbständigkeit und Eigenart zu erhalten seien, sondern einmal in der zu vereinbarenden Regelung eines engeren Verhältnisses zwischen Reich und den dann in der allseitig erwünschten Stellung leistungsfähiger kleiner Länder, sei es durch Zusammenfassung oder Anschließung.

Die vorgelegte Kritik und Ablehnung der Konkordate werde der Sachlage durchaus nicht gerecht. Man möge doch die Geistesvorgänge als notwendigen Vorläufer jeden Konkordates abwarten, bevor die Deffektivität beunruhigt werde durch die jeder positiven Grundlage entbehrenden Behauptung untragbarer Verletzung von Staatshoheitsrechten. Wenn man mit der gebotenen Sachlichkeit und mit allseitig gereiftem Verständigungsgeist die schwierige, aber unabwendbare Regelung des Verhältnisses von Staat zu Kirche behandelte, dann werde sich eine für beide Teile tragbare und befriedigende Lösung finden lassen.

Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Stand der Erwerbslosigkeit am 1. April 1927.

* Berlin. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge zeigt auch in der zweiten Märzhälfte einen erfreulichen weiteren Rückgang, und zwar um 305 000 oder 21,2 Prozent. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist in der Zeit vom 15. 3.—1. 4. 1927 von 1 222 000 auf 846 000 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen von 214 000 auf 155 000, die Gesamtzahl von 1 436 000 auf 1 181 000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger hat sich von 1 664 000 auf 1 297 000 verringert. Der Gesamtumfang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat März beträgt 535 000 (1 698 000 Hauptunterstützungsempfänger am 1. 3. 1927 gegenüber 1 131 000 am 1. 4. 1927). Ueber die Krisenfuriosität liegt eine neuere Zahl nicht vor, da diese nur in der Mitte jedes Monats festgesetzt wird.

mehr, als man befürchtet, daß sich unter ihnen Kollatoren der Ruominant befinden.

Neue Erfolge der Nordtruppen.

* Schanghai. Die Nordtruppen Tschangtschangs konnten ihre militärischen Erfolge bedeutend erweitern. Sie überschritten den Hanale an verschiedenen Punkten. Der frühere Kommandant Schangtschangs, Wipantschuan, ein Unterführer der Nordtruppen, überschritt den unteren Yangtze bei Tangtschangs, 60 Kilometer nördlich von Schangtschangs. Tschangtschangs ist zur unbedingten Verteidigung Schangtschangs entschlossen.

Entwaffnung der Arbeiterschaft in Schanghai.

* London. Nach einer Meldung der Central News haben die nationalistischen Truppen in Schanghai mit der Entwaffnung der mit Waffen versehenen Arbeiter begonnen, die heftigen Widerstand leisteten. In der vergangenen Nacht wurde das Hauptquartier der Arbeitergewerkschaft regelrecht belagert. Die Verteidiger unterhielten während der ganzen Nacht ein regellofes Geschützfeuer. Bei den Kämpfen wurden 13 Arbeiter getötet, während die Nationalisten nur einen Toten zu beklagen hatten.

Ernste Lage in Peking.

* Paris. Nach einer Meldung des New York Herald aus Peking haben die Frau des amerikanischen Gesandten in Peking sowie die Frauen mehrerer anderer Konsulats der amerikanischen Botschaft wegen des wachsenden Ernsts der Lage die Stadt verlassen.

Die Antwort der Nationalisten auf die Note der Mächte.

* Hankau. (Hankow.) Der nationalistische Minister des Äußeren Tschen Tschen wird die Forderungen der fünf Protokollmächte über die Fortfälle von Hankau in 4 Einzelnoten beantworten. Die Mächte, deren Kriegsschiffe Hankau beschossen haben, werden eine Antwort erhalten, in welcher die Frage der Gewalttätigkeiten der nationalistischen Truppen umgangen und den Mächten der Vorwurf gemacht wird, daß sie durch das Bombardement ohne jeden Grund Menschen getötet und die Häuser der Zivilbevölkerung zerstört haben. Italien und Frankreich sollen Noten erhalten, in denen die Zahlung von Schadenersatz zugesichert wird. Auch die Note an Japan soll, wie man glaubt, verdonnert sein, um zu verhindern, Japan von England und den Vereinigten Staaten zu trennen. Der Text der Noten soll am Freitag veröffentlicht werden.

Die Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter.

* Berlin. Infolge der Tarifkündigung der Reichs- und Staatsarbeiter zum 31. März haben im Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne und der Arbeitszeit der Reichs- und Staatsarbeiter begonnen.

In der Frage der Arbeitszeit ist eine Annäherung der Parteien erfolgt, aber der von Seiten des Reichsfinanzministeriums vorgelegte Vorschlag, eine Erhöhung der Löhne für die Zeit vom 1. April 1927 bis zum 1. April 1928 mit 4 Pfennig für die Stunde festzusetzen, ist von den Vertretern der Arbeiterorganisationen abgelehnt worden, weil dabei die Mietssteigerung, die am 1. Oktober mit weiteren zehn Prozent der Friedensmiete in Kraft treten soll, nicht beachtet worden ist.

Die am Montag begonnenen Verhandlungen wurden auf Donnerstag vertagt, die Arbeitervertreter wollen aber nur die Verhandlungen fortsetzen, wenn das Finanzministerium ihren Forderungen entgegenkommt. Die Arbeiter fordern eine Lohnverhöhung von acht Pfennigen für die Stunde für die untere Tarifgruppe. Mit den Verhandlungen hat sich am Dienstag eine Verammlung der Reichs- und Staatsarbeiter beschäftigt; die Verammlung sprach sich in einer Entschließung scharf gegen den bisherigen Gang der Verhandlungen aus.

Die kodenden deutsch-polnischen Verhandlungen.

* Berlin. Die auf Grund des bekannten Genfer Kompromisses zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister von dem deutschen Gesandten in Warschau geführten neuen Verhandlungen sind, wie wir erfahren, auch in den letzten Tagen keinen Schritt vorwärts gekommen. Wohlwollensseits wird immer wieder versucht, die Niederlassungsfrage mit dem erst nach Vereinigung dieses Problems in Aussicht genommenen eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen zu verquiden. Die polnische Regierung verlangt schon jetzt von Deutschland Zugeständnisse hinsichtlich der polnischen Ausfuhr an Holz, Rohle, Weib und landwirtschaftlichen Produkten. Der deutsche Gesandte hat über diese neuen Forderungen Wolens nach Berlin berichtet und im auswärtigen Amt finden unter Zusiedung von Vertretern der in Frage kommenden Wirtschaftskreise gegenwärtig neue Besprechungen statt. Nach Lage der Dinge ist kaum anzunehmen, daß die Reichsregierung sich zu neuen Konzessionen gegenüber Polen bereitwillig sein wird.